

DER MALER

Zeitschrift des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands.

Erheint Sonnabends. Bezugspr. 3 M. u. Kreuzb. 4 M. vierteljähr. Schriftl. u. Geschäftsst.: Hamb. 36, Alter-Terrasse 10. Sprr.: Nordsee 8246. Postsch. 7. Vermögensverw. d. Verb. Hamb. 11598
45. Jahrgang Hamburg, 26. September 1931 Nummer 39

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Schaffung von Arbeitslosen

Nach den Mitteilungen der Arbeitsämter ist die unter den Einflüssen der Saison vorübergehend ins Stocken gekommene Zunahme der Arbeitslosigkeit bereits wieder in langsamem Steigen begriffen. Diese Steigerung wird andauern und sich mit dem Eintritt der kälteren Jahreszeit beschleunigen. Die Befürchtung, daß die Zahl der Arbeitslosen im kommenden Winter noch höher als im Vorjahre sein wird, ist daher nicht unberechtigt. Damit werden die aus der Unterstützung der Arbeitslosen entstehenden Lasten, zugleich aber auch die Schwierigkeiten ihrer Aufbringung im Reich, in den Ländern und Gemeinden, zunehmen. Ob die bisherigen Bemühungen zur Überwindung dieser Schwierigkeiten ausreichen werden, ist noch nicht abzusehen. Auf jeden Fall steht man sowohl bei der Reichsregierung wie den Länderregierungen und den Gemeinden dem Arbeitslosenproblem ratlos gegenüber. Finanziell, wirtschaftlich und politisch sieht man sich in unserm Deutschland Gefahren gegenüber, die ernste Besorgnisse erregen müssen.

Von kapitalistischer Seite bekämpft man die öffentliche Arbeitslosenfürsorge, besonders aber die Arbeitslosenversicherung, in schärfster Weise. Man betrachtet dort die Unterstützung der Arbeitslosen als einen wirtschaftlichen Fehler, in der Auffassung, daß die Arbeitslosigkeit sehr bald beseitigt wäre, wenn die Arbeitslosen unterstützunglos ihrem Schicksal überlassen bleiben würden. In diesem Falle wären sie zur Erhaltung ihrer Existenz gezwungen, den Unternehmern ihre Arbeitskraft bedingungslos zur Verfügung zu stellen. Letztere geben zu, daß unter solchen Umständen die bisher gezahlten Löhne eine beträchtliche Senkung erfahren würden. Die Gewerkschaften wären außerstande, diese Senkung aufzuhalten, Tarife und Schlichtungsinstanzen würden gegenstandslos werden. Nach dieser manchesterpolitischen Einstellung der kapitalistischen Wirtschaftsführer kann aber nur so eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse eintreten. Die Produktionskosten würden sich bei einem solchen Vorgehen verbilligen. Ihnen müßten die Warenpreise folgen. Das Ergebnis wäre eine Steigerung des Exports, die Stärkung der Kaufkraft auf dem Innenmarkt, zunehmende Warennachfrage, Neubelebung der Produktion, Einstellung von Arbeitskräften und damit Verschwinden der Arbeitslosigkeit sowie wieder steigende Löhne.

Diese Beweisführung erscheint sehr einfach und einleuchtend. Nur hat sie den Fehler, nicht zuzutreffen! Wäre sie richtig, so müßte sich bereits eine Anbahnung besserer wirtschaftlicher Verhältnisse sowie eine Abnahme der Arbeitslosigkeit bemerkbar machen. Davon ist jedoch nichts zu beobachten. Die auf die Beseitigung der Arbeitslosenversicherung abzielenden Angriffe der Unternehmer blieben zwar infolge des ihnen entgegengesetzten Widerstandes der Gewerkschaften erfolglos. Dagegen haben sie mit Unterstützung der Brüningregierung eine recht beträchtliche Herabsetzung der Löhne und Gehälter um etwa 6 bis 12 % erreicht. Desgleichen haben sich die Rohstoffpreise nicht unerheblich vermindert. Die Grundlage für eine Senkung der Produktionskosten und Verbilligung der Warenpreise ist also vorhanden. Die Warenpreise sind aber nicht wesentlich zurückgegangen. Nur bei den nicht durch die monopolistische Kartellpolitik der Unternehmer gebundenen Warenpreisen fand eine Verbilligung statt. Die durch diese Politik gebundenen Warenpreise sind jedoch allen Verheißungen der Reichsregierung entgegen auf ihrer überhöhten Höhe geblieben.

Die Folge war, daß die Senkung der Löhne und Gehälter nur eine weitere Schwächung der allgemeinen Kaufkraft herbeiführte, die Warennachfrage sich noch mehr verminderte, die Produktion weiter eingeschränkt und die Zahl der Arbeitslosen um weitere Hunderttausende vermehrt wurde. Den gleichen Mißerfolg zeigten die ebenfalls von den Unternehmern als Heilmittel gegen die wirtschaftliche Not geforderten und durchgeführten Sparmaßnahmen beim Reich, bei den Ländern und Gemeinden. Er mußte eintreten, weil die Verminderung der öffentlichen Ausgaben keine andere Folge haben konnte. Zwischen privater und öffentlicher Wirtschaft besteht ein großer Unterschied. Bei ersterer wird ein erheblicher Teil

des erzielten Produktionsertrages zur Neubildung von Kapital verwendet, das durchaus nicht immer im Lande bleibt, sondern vielfach abwandert. Die Einnahmen der öffentlichen Wirtschaft fließen dagegen restlos in die Wirtschaft zurück und werden für die Befriedigung allgemeiner öffentlicher Bedürfnisse verbraucht. Eine Einschränkung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben

Was alle Kollegen wissen müssen

Der Verbandsvorstand wendet sich in einem Flugblatt, das in nächster Zeit zum Versand kommt, an alle Kollegen, um ihnen in wenigen, aber ernsten Worten die Schwere der heutigen Zeit und die Ungunst der Verhältnisse, auch für die gewerkschaftlichen Organisationen, vor Augen zu führen. Das Malergewerbe leidet wegen seines Charakters als teils schmückendes Gewerbe, mehr als andere unter der furchtbaren Wirtschaftskrise, was auch aus der ungeheuer hohen Zahl der selbst in den sogenannten Saisonmonaten festgestellten erwerbslosen Kollegen deutlich hervorgeht. In dieser Zeit zeigt sich der Wert einer festen Organisation besonders stark, konnten doch die verantwortungsbewußten Delegierten der Generalversammlung in Breslau noch einen weiteren Ausbau des Unterstützungswesens beschließen.

Die neuen Satzungen treten mit dem 1. Oktober in Kraft. Wir raten alle Kollegen sich diese genau anzusehen, sie werden dann finden, daß den Wünschen der Kollegen, die in den Anträgen an die Generalversammlung zum Ausdruck kamen, in mancher Hinsicht entsprochen wurde.

Die Generalversammlung konnte aber nur deshalb solche Beschlüsse fassen, weil sie das Vertrauen zu den Kollegen hatte, daß sie auch fernerhin der Organisation unverbrüchliche Treue halten und darüber hinaus neue Streiter für unsere Organisation gewinnen würden. Wohl ist unsere Kraft ungebrochen und ist unser finanzielles Fundament gesund; die großen, uns auch in der Zukunft bevorstehenden Aufgaben erfordern aber eine lückenlose, schlagkräftige Organisation. Darum Treue um Treue! Alles für den Verband, alles durch den Verband!

führt daher bei Aufrechterhaltung gleichbleibender Warenpreise naturnotwendig zur Verminderung des allgemeinen Verbrauchs, zu sinkender Produktion und Zunahme der Arbeitslosigkeit, somit zu Verhältnissen, wie sie uns leider als Ergebnis der öffentlichen Sparpolitik in den zurückliegenden Wochen nur zu bekannt geworden sind.

Eigentlich hätte dieser Mißerfolg längst zeigen müssen, daß auf dem eingeschlagenen und von den kapitalistischen Wirtschaftsführern empfohlenen Wege kein Erfolg zu erreichen ist. Weit gefehlt! Diese Politik soll — wie das Sparprogramm des Deutschen Städtetags zeigt — in noch weiterem Umfang fortgesetzt werden, um auf diese Weise die durch die steigenden Arbeitslosen- und Wohlfahrtslasten stark in Mitleidenschaft gezogenen Gemeindefinanzen zu sanieren. Daß sich die Gemeinden in schwerer Notlage befinden, ist nicht zu bestreiten. Von 270 Millionen Mark im Jahre 1929 sind die Lasten der Gemeinden für die öffentliche Wohlfahrtsfürsorge auf 650 Millionen Mark im Jahre 1930 gestiegen. Und für das Jahr 1931 wird ein weiteres Anwachsen auf 1040 Millionen Mark angenommen. Alle von den Gemeinden angewendeten Sparmaßnahmen wurden durch das Sinken der öffentlichen Einnahmen gegenstandslos gemacht, so daß sie für das laufende Jahr vor einem Fehlbetrag von 800 Millionen Mark stehen.

Dieser Fehlbetrag soll nun durch weitere Einsparungen auf dem Gebiete des Schulwesens, der Gesundheitspflege, der Wohlfahrtsfürsorge, durch Einschränkung der Bau-tätigkeit, des Hoch-, Tief-, Straßen- und Wohnungsbaues, durch Umstellung oder Abbau gemeinnütziger Anstalten und Einrichtungen sowie schließlich durch Herabsetzung der Löhne und Gehälter der gemeindlichen Arbeiter, Angestellten und Beamten gedeckt werden. Wie weit man hierbei zu gehen beabsichtigt, zeigen die Verhandlungen über den geplanten Lohnabbau der Gemeindearbeiter. Einschließlich der bereits im Frühjahr stattgefundenen durchschnittlich achtprozentigen Kürzung war eine Lohnherabsetzung von 25 bis 30 % vorgesehen. Diese Absicht wurde zwar vereitelt, die bestehenden Löhne wurden noch um 4 % herabgesetzt. Man sieht aber, daß das Selbsthilfeprogramm des Deutschen Städtetags den Forderungen der Unternehmer in weitestem Umfang entgegenkommt. Es leitet eine allgemeine neue Welle des Lohn- und Gehaltsabbaues ein und gibt eine Reihe der wichtigsten Kulturerrungenschaften preis, um deren Herbeiführung das deutsche Volk jahrzehntelang die schärfsten gemeindepolitischen Kämpfe führte. Daneben stellt es den Unternehmern die Auslieferung wichtiger gemeinnütziger Unternehmungen in Aussicht und verzichtet auf die Erfüllung dringend notwendiger wirtschaftspolitischer Aufgaben. Daß die Gemeinden in eine derartige Lage versetzt wurden, ist nicht durch das Anwachsen der Wohlfahrtslasten verschuldet, sondern die Folge jener Politik des schändlichen Herrn Schacht, die den Gemeinden den Kapitalmarkt zur Aufnahme von Darlehen verschloß.

Das Ergebnis dieser Sparpolitik ist natürlich das gleiche, wie wir es bei den bisherigen Maßnahmen der Unternehmer, beim Reich und den Ländern kennen zu lernen Gelegenheit hatten. Man gibt vor, die Arbeitslosigkeit und deren Folgen bekämpfen zu müssen. Aber dieser Kampf schlägt überall in das Gegenteil um. Man schafft neue Arbeitslose und vermehrt so das vorhandene wirtschaftliche und soziale Elend! So kann es nicht weiter gehen! Es ist hohe Zeit, hierin eine Aenderung anzustreben, die nur in der Richtung der von der Sozialdemokratie in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften gestellten wirtschaftlichen Forderungen zu erreichen ist. Mattutat.

Nur Stärkung der Kaufkraft überwindet die Krise!

In unzähligen Zeitungsartikeln, in Reden und Schriften wird die „Weisheit“: „Herunter mit den Löhnen“ mit einer Energie verfochten, die einer besseren Sache würdig wäre. Verschlechterung des Lebensstandards der ärmeren Bevölkerungsschichten soll die einzige Lösung sein, die aus diesem fehlerhaften Kreislauf herausführt. Aus dieser Forderung geht eine gewisse Geistesarmut und die Unfähigkeit, die Verhältnisse zu meistern, hervor. Ab und zu vernimmt man aber auch andere Stimmen. In der „Boß“ vom 13. September finden wir einen Artikel von Prof. Carl Oppenheimer, der die Möglichkeiten der Krisenüberwindung in der Herabsetzung der Preise und in der Stärkung der Kaufkraft sieht. Greifen wir aus diesem Artikel die Kerngedanken heraus:

„Ein wirksamer Preisabbau muß von unten anfangen: bei den deutschen Rohstoffen, bei Kohle, Eisen, Zement und Ziegelsteinen. Die Preise für Fertigfabrikate interessieren zur Zeit die breiten Massen der Arbeiter und vor allem der Erwerbslosen leider recht wenig; was bei diesen als Verbraucher ausschlaggebend ins Gewicht fallenden Massen vor allem in Frage kommt, sind Lebensmittel, Miete und Beförderung. Diese Posten machen schon beim gut bezahlten Arbeiter etwa 70 % seiner Ausgaben aus, beim Erwerbslosen aber heute wohl 100 %. Bei allen diesen Hauptgruppen ist jedoch der Preisindex noch immer viel zu hoch. So kann nur tatsachenmäßig notiert werden, daß der Preisindex für Agrarprodukte seit Mai 1930 nur um 1 % zurückgegangen ist. Miete und Beförderung, auch sehr wichtige Posten für den Arbeiter und kleinen Beamten, sind überhaupt nicht billiger geworden. Dieser falsche Weg des Preisabbaues macht sich sinnfällig darin bemerkbar, daß der Gesamtindex für die Lebenshaltungskosten immer noch auf 135 % des Friedensindex steht. Das will sagen: solange der Arbeiter noch überhöhte

Preise für die absolut notwendigen Lebensdinge zahlen muß, solange nicht ihm der Rückgang der Preise für allenfalls entbehrliche Fertig- und Luxuswaren nicht, denn er kann sie doch nicht kaufen. Im übrigen muß betont werden, daß im Gegensatz zu den Angaben von industrieller Seite auch die Gesamtheit der Fertigwaren noch sehr erheblich verteuert ist. Die industriellen Rohstoffe und Halbwaren stehen auf 103%. Diese Zahl ist das Mittel für die immer noch zu teuren deutschen Rohstoffe und die überaus billigen ausländischen. Dagegen stehen die Konsumgüter bei 141,7%. Im einzelnen: Ernährung 126, Bekleidung 138, Sonstiges (das heißt unter anderem Miete, Licht, Vorförderung) 184%. Es liegt also noch eine enorme Spanne zwischen Herstellungsmaterial und Fertigware. Hier ist nicht die unheilvolle Kreis: diese Preise sind zum großen Teil bedingt durch mangelhaften Absatz, und der Absatz muß mangelhaft bleiben, solange die Preise so hoch sind. Und anders gesehen: solange die Preise hoch und der Absatz schlecht ist, bleibt die riesenhafte Arbeitslosigkeit bestehen, und solange Menschen nichts kaufen können, bleibt der Absatz schlecht. Hier kann nur eines helfen: gewaltsames Herabdrücken der Preise von der Basis her, von Rohstoffen, Baustoffen und Energie. Erst wenn das erreicht ist, kann man dann auch die Papiertlöhne senken, ohne den Reallohn der Arbeiter zu gefährden. Dann wird die Erwerbslosenziffer absinken, jeder wieder eingestellte Arbeiter und Angestellte tritt sofort als neuer Käufer auf, und so vermindert sich dann der furchtbare Sirtel in sein Gegenteil: Minderung der Erwerbslosigkeit, Hebung des Absatzes, Herabsetzung der Herstellungskosten, weitere Hebung des Absatzes, weitere Minderung der Erwerbslosigkeit. Im Anfang aber muß die Vereinigung der Preisbildung stehen.

Zu ähnlichen Schlussfolgerungen kommt der bekannte Textilindustrielle G. U. t. e. r. m. a. n. n. in einer Zuschrift an das „B. Z.“ Nr. 432: „Anfere Sorge liegt nicht auf der Produktions-, sondern auf der Konsumseite. Wenn der Konsum kleiner wird, so sinkt auch die Leistungsfähigkeit unserer Industrie, so steigen die Selbstkosten mehr, als wir durch Verbilligung der Löhne wieder angleichen können. — Eine zukünftige Wirtschaftspolitik wird bei ihrer Planung zu berücksichtigen haben, daß uns die Rationalisierung große Vorteile gebracht hat, die wir aber zu Nachteilen umkehren, wenn wir sie nicht erkennen und die entsprechende „Verkehrsregelung“ treffen. Hierzu gehört als Wichtigstes: 1. Die Arbeitszeit zu regeln, daß möglichst viele sich in der Arbeit (und damit das Arbeitseinkommen) teilt. 2. Die Löhne nicht auf einen Tiefstand fallen lassen, daß die Kaufkraft der Lohn- und Gehaltsempfänger zu weit absinkt.“

Die gleiche Meinung, wie sie hier von zwei kundigen Leuten geäußert wird, haben die Gewerkschaften stets vertreten. Es ist der einzige Weg, der aus der Krise führt.

Arbeitseinkommen und Preisbildung

Das Arbeitseinkommen wird in Deutschland von Woche zu Woche geringer. Nach dem Konjunkturinstitut sind es vier Faktoren, die den Rückgang des Arbeitseinkommens bestimmen: 1. die Steigerung der Arbeitslosigkeit, durch die sich die Zahl der Einkommensbezieher vermindert; 2. die Einschränkung der Arbeitszeit, die den Verdienst der davon Betroffenen erheblich schmälert; 3. die Senkung der Tariflöhne und Gehälter und 4. der Abbau der übertariflichen Bezahlung. Neben der Schrumpfung des zahlenmäßigen Bruttoeinkommens drücken die außerordentlich umfangreichen Einkommensverchiebungen, die zur Finanzierung der Arbeitslosenunterstützung notwendig sind, den Vorgängen bei der Einkommensbeurteilung ihren Stempel auf. Im zweiten Vierteljahr 1931 hat sich das Arbeitseinkommen in Deutschland gegenüber dem Vorjahr um 1 1/2 Milliarden Mark vermindert. Im ganzen macht der Einkommensrückgang etwa 12% aus. Das Konjunkturinstitut sagt selbst, daß diese Zahl sehr vorsichtig errechnet sei. Sehr viele Arbeiter und Angestellte werden eine weit größere Verminderung ihres Arbeitseinkommens feststellen.

Demgegenüber ist die Entwicklung der Preissteigerung von Belang. Die Lebenshaltungskosten haben sich gegenüber dem Vorjahr um 7% gemindert. Wir müssen dabei in Betracht ziehen wie diese Berechnung zustande kommt. Wenn auch ein Teil des Einkommensrückganges durch die Senkung der Lebenshaltungskosten aufgefangen wurde, so ist doch die Verschlechterung des Reallohnes beachtlich. Die Preisverhältnisse in der deutschen Wirtschaft sind außerordentlich unterschiedlich. Die Indizes der reagiblen Warenpreise ist auf 64,5% (1913 = 100) gesunken. Demgegenüber ist bei den gebundenen Preisen nur eine Senkung auf 93,8% festzustellen. Die durch Kartelle und Syndikate beeinflussten Preise stehen mithin um 30 Punkte höher als diejenigen, die der Weltkonkurrenz ausgesetzt sind. Durch diese Gebundenheit der Preise wird der deutschen Industrie ein Sonderverdienst von ziemlicher Höhe verschafft. Auf der andern Seite wird die Senkung des allgemeinen Preisniveaus hingenommen. Es wird soviel davon geredet, daß die Gebundenheit der Löhne durch Tarifverträge eine Senkung des Lohnniveaus verhindern. Wie die Entwicklung zeigt, ist die Gebundenheit der Löhne lange nicht stark genug, um das starke Absinken des Einkommens zu verhindern. Aber die Bindungen durch Kartelle genügen immerhin, um ein derartig hohes Preisniveau für kartellgebundene Waren zu stabilisieren. Die starke Kreditkrise müßte geeignet sein, auch die festgestellten Kartellpreise zum Sinken zu bringen. Jedoch haben diesbezügliche Vermutungen bisher getäuscht. Die kartellgebundenen Industriellen haben lieber die Produktion eingeschränkt, als daß sie sich dazu bereit fanden, ihre Preise herabzusetzen. Im ganzen und ganzen ergibt sich also die Situation, daß bei außerordentlich gesunkenen Arbeitseinkommen überhöhte Preise wach wie vor möglich sind. Ein Gegensatz, den die Regierung so schnell wie möglich zu mildern veruchen müßte.

**Wenn die geleierten „Maler“ nicht herrschen!
Gibt es den Unorganisierten!**

So sollst du das Verbandsblatt lesen!

Viele Mitglieder des Verbandes lesen ihr Verbandsblatt nicht so, wie das Blatt es verdient. Viele andere beachten es kaum. Es liegt darin eine gewisse Schwäche des Charakters begründet. Denn das weiß jeder, daß das Blatt ihm gewiß manch Neues und Gutes mit jeder Nummer zu sagen hat, aber es fehlt der Entschluß des Anfangens mit dem Lesen. Es war nun immer so gewesen. Stets war das Verhältnis so lässig. Nur die Entschlußkraft fehlt!

Darum, Kollege, der du das Blatt bisher zu wenig beachtet hast, raffe dich auf! Es ist dies oft eine Schwierigkeit, dieses Nichtanfängerkönnen. Auch bei Geistesarbeitern findet man es oft. Aber ist der frische Entschluß erst gefaßt, dann geht es.

Dieses Nichtanfängerkönnen und Nichtanfängerkönnen mit gewerkschaftlicher Lektüre ist ein Kernübel im proletarischen Bildungswesen der Zeit. Hier überwindung zu schaffen durch den starken Entschluß zur Tat; und der gewerkschaftlichen Bewegung werden ungeheure neue Energien gewonnen.

Bei diesem Entschluß des Bildungswollens muß sich jeder natürlich klar sein, daß die Lektüre nicht zum Vergnügen geboten wird. Es ist gerade für kämpfende Menschen so, wie Goethe es einmal ausgesprochen hat: „Du bist über die Kinderjahre hinaus, du mußt also nicht nur zum Vergnügen, sondern zur Besserung deines Verstandes und deines Willens lesen!“

Und dann gibt Goethe das Rezept zum Lesen: „Siehe, so mußt du es machen!“ spricht er. „Nimm ein Stück nach dem andern in der Reihe, lies es aufmerksam durch, und wenn es dir auch nicht gefällt, lies es doch. Wenn du es gelesen hast, dann stelle Beobachtungen darüber an. Im Anfang wird es dir schwer werden, aber bald wird es leichter gehen wie mit dem Schreiben. Fange damit an, aber bald!“

Darum keine Ausflüchte mehr und keine Bedenken! Fange an! Entschließe dich! Und lies gründlich! Und eine Welt wird sich dir neu offenbaren. Und du wirst vieles ganz anders sehen und schöner und glaubender. Und du wirst wachsen in dir. Und neue Kräfte wirst du spüren, die heute noch in dir schlummern.

Doch fange an! Fange darum an!

Die Bedeutung des gewerkschaftlichen Rechtsschutzes

Die Hauptaufgabe der Gewerkschaften ist von jeher ihr Kampf um die wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiterschaft gewesen. Nach den positiven Erfolgen auf diesem Gebiete allein werden — zu Unrecht — meist auch ihre wirtschaftlichen Leistungen beurteilt. Dagegen wird unter anderem die auf dem Gebiete des Rechtsschutzes geleistete Arbeit oft verkannt oder doch zu wenig beachtet, obwohl die Tätigkeit, das Recht der Arbeiter unter allen Umständen zu schützen, als eine der vornehmsten Aufgaben der Gewerkschaften zu betrachten ist. Ohne Zweifel ist hier auch schon hervorragendes geleistet worden. Die große Zahl der Rechtsschutz in Anspruch Nehmenden und das stete Anwachsen ihrer Zahl zeigt das große Vertrauen, das dieser gewerkschaftlichen Einrichtung mit vollem Recht entgegengebracht wird.

Die sozialen und arbeitsrechtlichen Gesetze waren vor dem Kriege sehr mannigfaltig und unübersichtlich. Die Verhältnisse der Nachkriegszeit haben hier wenig geändert und kaum eine Verbesserung gebracht. Noch heute herrscht in Arbeitslosenfragen eine heillose Zersplitterung, und diese hat eine große Unübersichtlichkeit der ganzen Materie zur Folge. Ist es schon für jemand schwer, der sich tagtäglich mit dem Paragrafengewirr zu beschäftigen hat, sich in gesetzlichen Bestimmungen zurechtzufinden, die zudem dauernden Veränderungen und der weitestgehenden Auslegungspraxis unterworfen sind, so ist es dem einzelnen Arbeiter einfach unmöglich, unter Berufung auf das geschriebene Gesetz sein Recht zu suchen. Diesem Mangel treten die Gewerkschaften durch umfassende Aufklärung und Auskunfterteilung wirksam entgegen. Die tägliche Praxis beweist immer wieder, daß der Arbeiter auf die Hilfe seiner Gewerkschaft bei einem Rechtsstreit nicht verzichten kann, während seinen berechtigten Ansprüchen durch den ihm von der Organisation unentgeltlich gewährten Rechtsbeistand in Anfall- oder andern Angelegenheiten in den allermeisten Fällen Geltung verschafft wird. Ganz besonders bei Streitigkeiten aus dem Arbeitsvertrage, die seit dem Wüten der verheerenden wirtschaftlichen Krise ganz ungeheuerlich angewachsen sind.

Da der Arbeitnehmer, als der wirtschaftlich Stärkere, seine Position voll auszunutzen weiß und ihm vielleicht ein Anwalt zur Seite steht, ist es dem einzelnen Arbeiter aus eigener Kraft meist nicht möglich, sein Recht zu finden. Im gegenwärtigen Zeitpunkt ist die wirtschaftliche und soziale Stellung des einzelnen Arbeiters im Gegensatz zu der seines Arbeitgebers sehr schwach. Außerdem fehlt es dem Arbeiter meist an der nötigen Rechtskenntnis, um sich bei Klagen gegenüber dem Arbeitgeber mit Erfolg durchzusetzen. Für sich allein stehend wird er manchmal von einer Klage absehen müssen. Selbst wenn offensichtlich berechnete Ansprüche geltend zu machen sind, gibt sehr oft der gewerkschaftliche Rechtsschutz dem Arbeiter überhaupt erst die Möglichkeit, eine Klage mit Aussicht auf Erfolg anzustrengen. Was dabei für die Arbeiterschaft herausgeholt werden kann, ist ganz erheblich.

Allen von unserm Verbands sind im vergangenen Jahre vor den Ortsarbeitsämtern, Arbeits- und Landesarbeitsgerichten 1529 Klagen anhängig gemacht, und für unsere Kollegen ist eine Summe von über 70 000 M herausgeholt worden. Noch wesentlich höher ist die Zahl der bei den Arbeits- und Landesarbeitsämtern und selbst beim Reichsarbeitsamt eingeleiteten Einsprüche und Berufungen. Die Summe, die hier für unsere Kollegen herausgeholt werden konnte, läßt sich naturgemäß zahlenmäßig nicht feststellen, hat aber den Gewerkschaften manchen Dank eingetragen. Neben einem gewaltigen Aufwand von Zeit und Arbeit erfordert der gewerkschaftliche Rechtsschutz auch noch beträchtliche geldliche Aufwendungen.

Auch zur Beseitigung von Mängeln in der Gesetzgebung tragen die Gewerkschaften viel bei. Die ständige Beschäftigung mit den verschiedensten Gesetzen, die immer neuen und mannigfaltigen Sachbestände, die von der gewerkschaftlichen Organisationsvertretern zu bearbeiten sind, geben ihnen die Möglichkeit, Mängel und Fehler in den Gesetzen aufzudecken. Das gesammelte Material wird den gesetzgebenden Körperschaften unterbreitet. Manche Verbesserungen, manche Gesetzesänderungen, die wirksame Abhilfe brachte, ist auf die Initiative der Gewerkschaften zurückzuführen.

Das gleiche gilt von der kritischen Beobachtung der Rechtsprechung, der Anwendung der sozialen und übrigen Gesetze. Durch öffentliche Kritik kann hier sehr oft die vernünftige Auslegung und tatsächlich soziale Handhabung der Gesetze erreicht werden. Nicht zuletzt wird auch auf Grund umfassender Aufklärung mancher Kollege von der Erhebung ausichtsloser Rechtsansprüche abgehalten. Die sachgemäße Bearbeitung, klare Formulierung und Weiterleitung der verschiedensten Anträge an die zuständigen Versicherungsorgane, die Spruch- oder Gerichtsbehörden, erspart allen Beteiligten viel unnötige Arbeit. Der gewerkschaftliche Rechtsschutz hat sicher viel zur reibungslosen Durchführung der sozialen Versicherungs-gesetze beigetragen. Konfliktstoffe, die früher oft zu unentwirrbaren Personen das Leben der Arbeiter fremd war und sie die Sprache der Arbeiter nicht verstanden, können mit Hilfe der Gewerkschaftsvertreter verhältnismäßig leicht aus der Welt geschafft werden. Die Schaffung eines wirklichen sozialen Rechtszustandes wird nach wie vor Aufgabe der Gewerkschaften sein.

J. Karla.

Fachkurse mit Unterstützung der Arbeitsämter

Im Rundschreiben Nr. 1/31 vom 17. Januar 1931 wurde den Filialverwaltungen mitgeteilt, daß die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung Mittel für die Unterstüzung von Fachkursen bereitgestellt habe. Es wurde gleichzeitig gebeten, wenn möglich, von diesem Angebot Gebrauch zu machen. Um nun zu erfahren, wie weit die Kollegen die Gelegenheit benutzt haben Kurse für die jungen, arbeitslosen Kollegen mit Hilfe des Arbeitsamts einzurichten, hat darüber eine Umfrage in den Filialen stattgefunden.

Von den 184 Filialen haben 133 geantwortet. In diesen wurden 49 Kurse abgehalten, an denen sich 1217 Kollegen beteiligten. Eine Filiale meldet zwar allein eine höhere Zahl, doch dürfte hier die Zahl der Teilnehmer an jedem Abend gezählt worden sein. Einige Kurse sind auch nur auf Kosten der Filiale durchgeführt, zum Beispiel in Rostock, Münster und andern. In zwei Fällen wurden Kurse, an denen dann auch Lehrlinge teilnahmen, von der Innung veranstaltet. Aus einigen Filialen wird die Mitteilung gemacht: sind in Vorbereitung, andere schreiben abgelehnt wegen Mangel an Mitteln, zum Teil auch wegen schlechter Beteiligung. In einem Falle konnten 3 Kollegen auf Kosten des Arbeitsamts das Wintersemester bei Kursen besuchen. Zum Teil wurden Kurse aber nicht für die Maler allein, eingerichtet, so daß ein eigentlicher Fachunterricht nicht gegeben wurde. Von einer Filiale wurde mitgeteilt, daß der Kursus wegen mangelhafter Beteiligung eingestellt werden mußte, und eine andere Filiale berichtet, daß ein Kursus nicht zustande kam, weil die Kurse in der Fortbildungsschule stattfinden sollten.

Die letzte Meldung scheint recht aufschlußreich zu sein. Die jungen, ausgelerten Maler hatten demnach keine Lust noch einmal zur Fortbildungsschule zurückzukehren, jedenfalls weil sie sich der darin verbrachten Stunden nicht immer angenehm erinnerten. Gewiß war die Einstellung der jungen Menschen falsch, aber psychologisch gesehen erklärlich. Das Aufstiegen des Kurzes wegen mangelhafter und ständig abnehmender Beteiligung kann seine natürlichen Ursachen haben. Wenn nach und nach immer mehr der zuerst beteiligten jungen Menschen in Arbeit treten, dann kann eines Tages der Kursus nicht mehr weiter geführt werden. Wir befürchten aber, daß manchmal auch andere Gründe zum Eingehen des Kurzes geführt haben, zum Beispiel mangelndes Interesse der Jugendlichen oder Verlagen des beziehungsweise der Lehrer. Es wird sicher in manchen Filialen Schwierigkeiten gemacht haben in aller Kürze einen Lehrer zu finden, der allen Ansprüchen in fachlicher und pädagogischer Hinsicht genügt.

Für den Anfang und nachdem die Mitteilung erst recht spät an die Filialen herauskam, ist das Ergebnis recht zufriedenstellend. Wenn es gelang, in 49 Filialen über 1200 junge, ausgelernete Kollegen für eine längere Zeit die Möglichkeit zu geben sich fachlich und allgemein weiterzubilden, so ist das ein so großer Gewinn, daß er gar nicht hoch genug angeschlagen werden kann. Die ungeheure Krise, die immer mehr auch unsere, besonders die jungen, Kollegen in den Strudel der Arbeitslosigkeit gerissen hat, fordert gebieterisch von der Regierung beziehungsweise der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, auf den beschrittenen Wegen fortzuführen und Mittel dafür in dem notwendigen Umfang bereitzustellen. Wer die Jugend nicht völlig entwurzeln will, der muß, so schwierig es in der heutigen Zeit auch werden mag, mit für die Aufbringung der dafür notwendigen Summen eintreten. Durch die Einrichtung der erwähnten fachlichen Kurse wird nicht nur den jungen Menschen, sondern darüber hinaus dem gesamten Gewerbe und auch dem Staate gebietet.

Wie der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund mitteilt, ist in Erkenntnis dieser Tatsache die Reichsanstalt bereit, auch für den kommenden Winter größere Mittel zur Einrichtung von Kursen für erwerbslose Jugendliche zur Verfügung zu stellen. Wie es schon in unserm Rundschreiben Nr. 20/31 geschah, fordern wir noch mal alle Filialverwaltungen auf, sofort die notwendigen Schritte zu unternehmen, um die Einrichtung von Kursen zur fachlichen Weiterbildung auch in diesem Winter für unsere erwerbslosen jugendlichen Kollegen zu gewährleisten.

AUS UNTERM VERBANDSLEBEN

Aus dem Saargebiet

Die Arbeiterbewegung des Saargebietes hatte von jeher mit ganz besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen. In der Vorkriegszeit war es das berüchtigte Scharfmachersystem des Industriegewaltigen Stumm, das gemeinsam mit gewissen Kreisen der katholischen Geistlichkeit jegliche freigewerkschaftliche Bewegung der Arbeiterschaft zu unterdrücken veruchte. In der Nachkriegszeit erschwerte die vorläufige Abtrennung des Gebietes vom Reich und die damit verbundene wirtschaftliche und politische Zerrissenheit, die fremde Währung und anderes die Arbeit der freigewerkschaftlichen Verbände. Die Verschiedenartigkeit in der Zusammensetzung und dem Charakter der Arbeiterschaft, wie sie in einem Grenzgebiet gegeben ist, war ein weiteres Hindernis zur Entfaltung gewerkschaftlicher Tätigkeit.

Trotzdem hat sich unser Verband, wie die meisten freigewerkschaftlichen Organisationen, im Saargebiet bereits in der Vorkriegszeit durchgesetzt. In wiederholten erfolgreichen Tarif- und Lohnkämpfen ist es gelungen, die wirtschaftliche Lage der Kollegenschaft wesentlich zu verbessern. Auch in der Nachkriegszeit mußte wiederholt von dem Mittel des Streiks Gebrauch gemacht werden, um dringend notwendige Forderungen durchzusetzen oder von den Arbeitgebern geplante Verschlechterungen abzuwehren. Zuletzt kam es im April dieses Jahres zu einer mehrwöchigen Arbeitseinstellung im Bau-, Holz- und Malergewerbe, da die in einem Arbeitgeberverband vereinigten Unternehmer einen zwölfprozentigen Lohnabbau durchsetzen wollten. Diese Absicht ist nicht gelungen, das Unternehmertum mußte sich mit einem fünfzehnprozentigen Abbau bescheiden; der tarifliche Stundenlohn beträgt zur Zeit 6,10 Fr., was ungefähr einem Lohn von 1 M in deutscher Währung entspricht.

Die deutsche Sozialgesetzgebung findet auf das abgetrennte Saargebiet keine Anwendung. Die Gesetzgebungsmaschinerie wird dort von einer vom Völkerbund ernannten Regierungskommission bedient. Natürlich hinken die Sozialgesetze zum großen Teil sehr wesentlich hinter der deutschen Sozialgesetzgebung her. So gibt es keine eigentliche Arbeitslosenversicherung, sondern nur eine Fürsorge. Ebenso kennt man ein Schlichtungsverfahren mit Verbindlichkeitsurteilen nicht. Die Arbeiterschaft hat somit keinen leichten Stand, zumal auch hier die Arbeitslosigkeit in letzter Zeit einen immer größeren Umfang annimmt. Die Aufgaben der Gewerkschaften können nur bei festem Zusammenhalt und durch Geschlossenheit der Arbeiterschaft bewältigt werden. Aber leider sind auch hier kommunistische Spaltpläne am Werke, um die Einheit der freigewerkschaftlichen Arbeiterbewegung zu zerbrechen. Mit Lügen, Verdächtigungen und Verleumdungen verucht man das Vertrauen zu den gewerkschaftlichen Organisationen zu zerstören, um die Arbeiter leichter für den neuen Laden der kommunistischen RSD. zu gewinnen. Wo diese RSD. bis jetzt bei Lohnkämpfen in Erscheinung getreten ist, hat sie die Arbeiterschaft nur zu Niederlagen geführt. Kein Wunder, daß das Unternehmertum diese Schädlingsgruppen überall als Helfershelfer im Kampfe gegen die Arbeiterschaft begrüßt. Vor kurzem hat die RSD.-Leitung ihre Unfähigkeit zur Führung von Lohnbewegungen auch hier nachgewiesen. Nach mehrwöchigem Kampfe mußte ein Streik auf der Dillinger Hütte vollständig ergebnislos abgebrochen werden. Mehr als 700 Arbeiter blieben auf der Strecke und haben keine Aussicht mehr, in den Betrieb hineinzukommen. Der Unternehmer setzte seine Forderung auf dreißigprozentigen Lohnabbau glatt durch. So sehen die revolutionären Kampfe in den Betrieben aus, wo die RSD. herrscht. Von Bettelstuppen und revolutionären Phrasen können die Arbeiter während eines Streiks nicht satt werden. Und von den 200 M., die von dem RSD.-Metallarbeiterverband in Berlin mit „revolutionären Grüßen“ an die etwa 5000 Köpfe zählenden Streikenden geschickt wurden, erhielt jeder einzelne einen Betrag, der ungefähr ausreichte, um eine Zigarette dafür zu erhalten.

Auch in unsere Organisation hat man den Spaltpläne hineinzutragen verucht. Doch wurde den Zerlegungspapieren rechtzeitig durch Ausschluß das Handwerk gelegt. In den wenigen, die zur RSD. überliefen, hat die Filiale nichts verloren. Das Verbandsleben hat dadurch nur gewonnen. Das kommt sowohl in dem verstärkten Interesse des einzelnen an der Organisation als auch besonders in der Mitgliederbewegung zum Ausdruck und zeigte sich deutlich bei dem am 5. September im gutbesetzten Saale der Arbeiterwohlfahrt abgehaltenen

28. Stiftungsfest der Filiale Saarbrücken

Der unterhaltende Teil des Programms wickelte sich unter Mitwirkung des vorzüglichen Saal-Orchesters glänzend ab. Durch die Veranstaltung ist der Öffentlichkeit und der Saarbrücker Arbeiterschaft nachgewiesen, daß unser Verband, die freigewerkschaftliche Malerorganisation des Saargebietes, allen Stürmen standgehalten und gerade in letzter Zeit einen prächtigen Aufschwung genommen hat. Auch unsere Gegner dürften sich inzwischen überzeugt haben, daß das Vertrauen der Kollegenschaft zu ihrer Organisation, die in unermüdlicher Tätigkeit und unter schwersten Kämpfen die Interessen der Kollegen wahrzunehmen hat, durch kommunistische Lügen und Verleumdungen ebensowenig erschüttert werden kann, wie es dem Unternehmertum gelingen wird, den Einfluß des Verbandes auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu beseitigen.

Der Bezirksleiter, Kollege Uth, erinnerte in seiner Festrede daran, daß die Filiale Saarbrücken im Juli 1902 mit vierzehn Kollegen gegründet worden ist. Die Organi-

sation entwickelte sich langsam, aber stetig. Bei Kriegsausbruch betrug die Mitgliederzahl annähernd zweihundert. Auch in den ersten Jahren der Nachkriegszeit nahm die Entwicklung der Organisation einen günstigen Verlauf. Die Schwächung durch die vor zwei Jahren erfolgte kommunistische Spaltung wurde in der Zwischenzeit wieder ausgeglichen. Dem Abschluß des ersten Tarifvertrages im Jahre 1907 folgte im Jahre 1910 der Anschluß an den Reichstarifvertrag für das deutsche Malergewerbe. In den wiederholten Tarifkämpfen der Nachkriegszeit hat sich der Verband behauptet und auch nach Abschluß des diesjährigen Lohnkampfes wieder einen Vertrag mit den Arbeitgebern abgeschlossen. Der Verbandstag in Breslau hat erneut Zeugnis von der Festigkeit und Stärke der Organisation abgelegt. Trotz der ungeheuren Arbeitslosigkeit ist die Mitgliederzahl fast stabil geblieben. Obwohl die Anforderungen außerordentlich groß sind, ist keine Reduzierung der Unterstützungssätze, sondern sogar ein Ausbau derselben beschlossen worden. Im Jahre 1930 wurden an Arbeitslosen, Kranken, Minderregulungs-, Invaliden- und Sterbeunterstützungen pro Mitglied 21,20 M zur Auszahlung gebracht. Mit dem Hinweis, daß fester Zusammenschluß der Arbeiterschaft gerade in der jetzigen Notzeit, in der das Unternehmertum und die gesamte soziale Reaktion durch Lohnabbau, Verschlechterung aller sozialen Gesetze und Versicherungsanstaltungen, die Arbeiterschaft zu schwächen gewillt ist, notwendiger sei denn je zuvor, schlossen die interessanten Darlegungen.

Kollege Dohlich vom Bezirksausschuß des AOB. überbrachte die Grüße des Bezirksausschusses. Mit dem Hinweis auf die gemeinsamen Interessen, auf die Bedeutung der Gewerkschaften für den kulturellen Aufstieg der gesamten Arbeiterklasse und den Existenzkampf jedes einzelnen, verband er die Versicherung, daß die Kollegen vom Malerverband auch weiterhin auf die Unterstützung und Förderung durch die gesamte freigewerkschaftliche Arbeiterschaft des Saargebietes rechnen können.

Die schöne und harmonisch verlaufene Veranstaltung hat dem Befreiungskampf der saarländischen Arbeiterschaft neuen Antrieb gegeben. Sie wird sicher zur günstigen Weiterentwicklung der Gewerkschaften beitragen.

Minderwertige Malerarbeit ist Sparsamkeit am untauglichen Objekt

Nach eingehenden Berechnungen und den Erfahrungen der Zeit sollen bei Neubauten etwa 7% der Bau Summe auf die Maler- und Anstreicherarbeiten entfallen. Im einzelnen mag es mal mehr, mal weniger sein, der Betrag wird, trotz der Bedeutung der Malerarbeiten für das ganze Objekt, kaum allzu sehr ins Gewicht fallen. Alle Arbeiten der übrigen Bauberufe bedürfen, soweit sie nach Fertigstellung sichtbar sind — mit Ausnahme von Stein, Fliesen, Glas, Messing, Nickel usw. — einer Überarbeitung durch den Maler und Anstreicher, um ihnen neben dem Zweck des Schutzes vor frühzeitigem Verfall, Säulnis, Rost usw., auch ein ästhetischer Ziele willen, ein gefälliges Aussehen — den letzten Schliff — zu geben.

Leider muß man oft die Beobachtung machen, daß bei den Malerarbeiten mehr gespart wird, als dem Objekt zuträglich ist. Mehr wie man selbst daran gelten lassen kann, wenn man sich mit den Bestrebungen der modernen Richtung, der sogenannten „strengen Sachlichkeit“, abzufinden bereit ist. Dabei soll von Siedlungs- oder Kleinwohnungsbauten ganz abgesehen sein, wo jede Mehrausgabe verhindert werden muß, um die Wohnungsmieten auf das von den künftigen Mietern irgendwie erträgliche Mindestmaß herabzudrücken. Aber selbst bei der gebotenen Einfachheit kann man eine einigermaßen saubere, handwerksgerechte Berufsarbeit verlangen. Schlimm liegt es vielfach bei Großbauten, nicht selten auch bei solchen, die von der öffentlichen Hand, dem Staat oder den Gemeinden errichtet werden. Ob es daran liegt, daß man während der Bauperiode aus dem vollen herausgewirtschaftet hat, besonders großzügig in der Ausstattung gewesen ist und sich nun zu spät auf die durch Geldmangel bedingte Sparsamkeit besinnt, oder ob von Anfang an noch weniger als ein allzu mäßiger Betrag für die Malerarbeiten ausgemessen war, muß immer dieselbe Wirkung haben. Die Bezahlung ist eben ungenügend. Ebenso ungenügend wird hier auch die Malerarbeit ausfallen. Der Geschädigte ist letzten Endes der Auftraggeber selbst. Erstens dadurch, daß der Gesamteindruck des fertigen Bauwerks ungünstig ist, und zweitens, weil die wenig handwerksgemäße Arbeit viel eher erneuert werden muß und dann erhebliche Kosten verursacht. Die Mängel der beruflichen Tätigkeit des Malers bleiben eben sichtbar, mögen durch den Farbauftrag auch noch so viele Mängel des Materials oder der Arbeit anderer Berufe verdeckt werden.

Nicht selten liegt ein Fehler auch in der Art der Vergabe der Arbeiten. Die Reichsverdingungsordnung ist eine sehr schöne Sache. Leider kümmern sich aber nicht alle Auftraggeber so darum, wie es in ihrem eigenen Interesse geboten wäre. In den Submissionsbedingungen wird freilich meist darauf verwiesen. Nachdem aber der Zuschlag erteilt ist, und zwar in der Regel an den Mindestfordernden, wird die bei dem niedrigen Preis doch so notwendige Überwachung bei der Arbeitsausführung zum Schaden des Auftraggebers viel zu lag gehandhabt.

Um die Malerarbeiten der Volksschule Osterbrock in Hamburg hatten sich zahlreiche Firmen beworben. Es kam eine der heute nicht mehr überragenden Submissionsblüten zustande, in der der teuerste das Mehrfache dessen forderte, als der bekam, dem die Arbeit dann übertragen wurde. Die Vorschriften für die Ausführung sind dem Schreiber dieser Zeilen, der dieser

Tage Gelegenheit hatte, die Schule zu besichtigen, nicht bekannt. Die Malerarbeiten entsprechen in ihrer Einfachheit etwa den Anforderungen, die ein äußerst bescheidener Arbeitersiedler an seine Siedlungswohnung stellt. Der Anstrich der Türen und Fenster, zum Teil auch der Schränke in den Schulräumen, sämtlich im Ton gehalten, verdient das Prädikat „sehr mangelhaft“. Von Schleifen oder gar „letztem Schliff“ ist nichts zu sehen! Zweifellos sind die Kollegen dabei so angetrieben worden, daß zu einer sauberen und handwerksgerechten Qualitätsarbeit, wie sie ein öffentlicher Bau erfordert, keine Zeit blieb. Denn ein Uberschuß sollte schließlich doch auch für den allerbilligsten Submittenden herausgewirtschaftet werden. Mit Ritt für die Nagellöcher und mit Sandpapier ist sehr gespart. Daß selbst Spachteln nicht unbedingt Luxus zu sein braucht, wird an den rot lackierten Sperrholztüren des Treppenhauses praktisch vordemonstriert. Wenn sich schon im ersten Winter der Staub in die tiefen Poren setzt und die schöne rote Farbe unansehnlich macht, wird die sonst gefällige Farbestimmung grünlich verdorben sein. Daß der Lack auf den porösen Flächen nicht steht, ist ein weiterer sehr fühlbarer Mangel. Was das Halbbuntel in den alten Schulhäusern aus der Zeit des Obrigkeitsstaates liebevoll unsichtbar machte, wird in den neuen Schulen durch das erfreulicherweise von allen Seiten hereinströmende Tageslicht rücksichtslos aufgedeckt. Die ganze herrliche Schule, einer der hervorragenden Zweckbauten des neuen Hamburg, in denen sich eine ganz andere Wertung der arbeitenden Bevölkerung ausdrückt, muß durch den offensichtlichen Mangel an Qualitäts-Malerarbeit verlieren. Zeigt sonst doch der ganze Bau, das hervorragendes geleistet wurde.

Es kommt noch ein anderes hinzu. Die Zahl der arbeitslosen Berufsangehörigen ist in Hamburg im Laufe dieses Jahres kaum einmal unter 1500 heruntergegangen. Wenn auch in diesem Falle vielleicht von den vielfach gebräuchlichen Manipulationen, wie Einparung ganzer Anstriche und sonstiger Arbeitsvorgänge, nichts gesagt sein soll. Hätten bei handwerkstüblicher Qualitätsarbeit doch ein Drittel Berufskollegen mehr beschäftigt werden können, um den Bau zu demselben Termin fertigzustellen, als es unter den erwähnten Umständen der Fall war. Das ist bei mehreren solchen Aufträgen stark fühlbar. Die Auftraggeber hätten bessere Arbeit und der Staat einen Teil der Ausgaben gespart, die er nun auf andere Art, für Befriedigung der Anforderungen des Wohlfahrtsamtes, aufbringen muß. Zum Erreichen dieses Zieles müßte in einigen Amtsstuben auch die Abneigung beseitigt werden können; die noch immer (das Beispiel könnte auch aus andern Orten nachgewiesen werden) gegen die ständige Überwachung während der Arbeitsausführung durch die Berufsorganisationen besteht. Es wird in Arbeitgeberkreisen viel Klage geführt, daß der berufliche Nachwuchs Qualitätsarbeit nicht leisten könne. Wenn die Klagen auch übertrieben sind, so mögen sich die Herren Malermeister bei dem etwa berechtigten Kern gefälligst etwas mehr ihrer Lehrlinge annehmen. Mögen sie doch Qualitätsarbeit leisten, damit die Lehrlinge derartige Schluberarbeit nicht kennenlernen. Sparen an unrechter Stelle kann Verschwendung sein. Diese Mahnung mögen sowohl die Behörden als auch unsere Unternehmer beherzigen.

Offener Vertragsbruch beruflicher Arbeitgeber

Recht eigenartige Begriffe über Vertragstreue und Vertragsrecht herrschen bei den Maler- und Lünchermeistern der Stadt Wschaffenburg. Sie sind wohl der Meinung, die durch lange Arbeitslosigkeit verschärfte Notlage der beruflichen Arbeitnehmer rücksichtslos für sich auszunutzen zu dürfen. Besonders rühmig im Sinne dieser Bestrebungen betätigt sich der „Unternehmer“ Kullmann. Obwohl er seinen Betrieb seit längerer Zeit geschlossen hat und an den bestehenden Lohn- und Tarifverhältnissen gar nicht interessiert ist, verucht er mit allen Mitteln den bestehenden Reichstarifvertrag illusorisch zu machen. Leider wird von der am Tarif beteiligten Maler- und Lüncherinnung nichts gegen die gewerkschaftlichen Streiberien unternommen. Ja, es muß leider festgestellt werden, daß selbst der Innungsoberrmeister, Herr Christian Jockel, den Tariflohn nicht zahlt. Nachdem die zehnprozentige Lohnreduzierung einigen Meistern nicht genügt — sie wollten 25 bis 30 % und darüber abbauen — mußte ihnen vom Ortstarifamt und später auch vom Arbeitsgericht mit aller Deutlichkeit klargemacht werden, daß ihr Verhalten groben Bruch eines rechtsgültigen Vertrages darstellt. Die Belehrung scheint aber noch nicht genügt zu haben, so daß der Fall noch weitere Instanzen beschäftigen wird. Unterdessen wendet sich unsere Filiale in aller Deffentlichkeit an die privaten und behördlichen Auftraggeber, die bestimmen eine andere Auffassung von geschriebenen Verträgen haben als die geschäftstüchtigen Maler- und Lünchermeister. Es muß den Herren beigebracht werden, daß Recht und Gesetz auch für die Arbeiterschaft Geltung haben.

Rostock. Die sechsbunddreißigste Wiederkehr des Gründungstages unserer Filiale war Anlaß, die Mitglieder mit ihren Angehörigen zu einer Festversammlung zusammenzurufen. Im blumengeschmückten Saale der Philharmonie wies der Vorsitzende, Kollege Lueg, nach herzlichem Begrüßung, insbesondere des Seniors der Filiale, Kollegen Frischschmidt, gedenkend, der bereits 34 Jahre hindurch dem Verband die Treue hält, darauf hin, daß mit Rücksicht auf die überaus ungünstige Wirtschaftslage von einer größeren Feier Abstand genommen werden mußte. In seiner Festrede führte er dann aus: Aus tiefster Not heraus sei unsere Organisation entstanden. Von wenigen

Kollegen, die sich in der festen Überzeugung verbunden fühlten, daß nur durch engen Zusammenschluß aller eine Verbesserung der damals äußerst schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen sei, wurde die Filiale gegründet. In den 36 Jahren ihres Bestehens ist sie nach vielen Kämpfen und Opfern, aber auch nach schönen Erfolgen, zu einer über 300 Mitglieder starken Organisation herangewachsen. Oft war Gelegenheit gegeben, den Arbeitgebern Achtung abzurufen. Darüber hinaus sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse wesentlich gebessert und die schwierige Lage der Mitglieder durch die Unterstützungseinrichtungen des Verbandes in vielen Fällen gemildert worden. Noch im vorigen Jahre wurde zur Erleichterung des Lebens der Ärmsten der Armen die Invalidenunterstützung eingeführt. Durch Einigkeit, gepaart mit der alten Treue zur Organisation und dem festen Willen zum weiteren Ausbau, werden wir auch diese schwerste aller Krisen überwinden. Manchen treuen Mitkämpfer haben uns die Jahre entzissen. Aber es stehen noch über 20 Kollegen in unsern Reihen, die dem Verbands mehr als 25 Jahre angehören. Heute können wir dem Kollegen Wilhelm Pawell zugleich mit der Ehrenurkunde die herzlichsten Glückwünsche des Verbandsvorstandes, der Bezirksleitung und der Filiale übermitteln. Möge ihm seine Gesundheit zum Wohle seiner Familie wie der Organisation noch recht lange erhalten bleiben. Unsere jungen Kollegen aber mögen sich an den alten Streikern ein Vorbild nehmen, das mit vieler Mühe und großen Opfern geschaffene Werk hochhalten und es zum Nutzen der Allgemeinheit weiter ausbauen. — Ein begeistert aufgenommenes Hoch auf den Verband und die Jubilare leitete zum gemütlichen Teil der schlichten Feier über, in dem Vorträge, Gesang und Musik in bunter Folge wechselten. Es ist dem Filialvorstand gelungen, die Kollegen und deren Angehörigen nicht nur die Alltagsorgen für einige frohe Stunden vergessen zu lassen, sondern auch neue Kräfte zu fester Verbundenheit zu sammeln, um die Folgen der schweren Wirtschaftskrise leichter zu ertragen, vor allem aber, um sie siegreich zu überwinden.

Berufsunfälle

Gerüstesturz im Wiesbadener Hauptbahnhof.

Ein schweres Unglück, das in seinen Ursachen und Folgen an den Gerüstesturz auf dem Anhalter Bahnhof in Berlin vom 14. August 1922 erinnert, ereignete sich am Vormittag des 5. September in der Halle des Wiesbadener Hauptbahnhofs. Wie dort, war auch hier mangelhafter Bau des Gerüsts die Veranlassung der Katastrophe, bei der 5 Arbeiter auf die Geleise und den Bahnsteig stürzten. Der Anstreicher Peter Krause aus Quisburg-Nubort, 40 Jahre alt, war sofort tot, Carl Kapierski aus Hamborn, 34 Jahre alt, starb am nächsten Tag, drei andere Arbeiter erlitten zum Teil sehr schwere Verletzungen.

Die Filiale Wiesbaden teilt uns zu dem Berufsunfall mit: Die Anstreicherarbeiten in der Bahnhofshalle sind der Firma Wicard aus Quisburg übertragen. Beim Gerüstbau (Stangengerüst) waren vier Arbeiter aus dem Rheinland und ein hier eingestellter, im nahen Bierstadt anlässiger Glaser beschäftigt. Es ist — allerdings erst nach dem Einsturz — festgestellt worden, daß das Gerüst schlecht gebaut war und dem § 58 der Unfallverhütungsvorschriften in keiner Weise entsprach. Anstatt mit schmiedeeisernen Aufhängervorrichtungen (S-Haken) waren die Querstangen, die Kiegel und Bohlen trugen, in der Mitte nur mit einem etwa 6 Millimeter starken Draht abgefangen. Als sich die Arbeiter am Morgen des 5. September auf dem Gerüst befanden, riß dieser Draht, da er wahrscheinlich beim Binden zu stark durchgezogen worden war. Die Gerüststange brach ebenfalls und alle fünf Arbeiter stürzten samt dem Gerüst etwa 15 Meter hoch ab. Ob und von wem das Gerüst geprüft und zur Benutzung in der Halle über ein- und ausgehenden Eisenbahnzügen freigegeben war, ist nicht bekannt. Dagegen steht fest, daß, als dem städtischen Baukontrolleur erst nach längeren Verhandlungen der Zutritt zur Arbeitsstelle gestattet wurde, das Unglück bereits geschehen war. Der Zuständigkeitsfimmel, das heißt die Frage, ob die vom Magistrat der Stadt beauftragte Amtsperson auf dem Gelände der Reichsbahn zugelassen werden soll, scheint wieder eine Rolle gespielt zu haben. Wir erwarten strengste Untersuchung und Bestrafung der Schuldigen. Es muß geprüft werden, ob die beim Bau des Gerüsts beschäftigten Arbeiter die nötigen Fachkenntnisse und die Eignung besaßen. Wenn es zutrifft, daß der dabei beschäftigte Glaser zu einem Stundenlohn von 30 J eingestellt war, so ist damit eine Gewähr für Kenntnisse im Gerüstbau ganz gewiß nicht gegeben. Schon am Tage vor dem Unglück hatte sich der Geschäftsführer unserer Filiale — leider ohne Erfolg — bemüht, die Arbeitenden auf die Gefahren aufmerksam zu machen. Der Tod zweier Arbeiter und die körperlichen Schäden der übrigen Verunglückten verlangen Ehre.

Hamburg. Der Malerlehrling Max Brinkop fiel beim Feinzerischen aus dem ersten Stockwerk auf die Straße. Er mußte mit inneren Verletzungen einem Krankenhanse zugeführt werden.

Gewerkschaftliches

Der Nationalökonom Lujo Brentano †

Ein Lehrer des Klassenkampfes und, trotz bürgerlicher Herkunft, ein treuer Freund der Gewerkschaften, an dessen Schritten keiner vorbeigehen kann, der die Entwicklung Deutschlands vom Agrarstaat zum Industriestaat von Grund auf kennenlernen will, ist mit dem am 9. Septem-

ber verstorbenen Wissenschaftler Lujo Brentano dahingegangen. Schon in seinem Erstlingswerk „Die Arbeitergewerkschaften der Gegenwart“ hatte er das Kernproblem der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Entwicklung angeschnitten. Eingehende Studien in England brachten ihn schon frühzeitig zu der Überzeugung, daß unter dem kapitalistischen Wirtschaftssystem von einem freien Spiel der Kräfte erst die Rede sein kann, wenn die Arbeiter sich zusammenschließen und sich dem Unternehmertum als geschlossene Einheit entgegenstellen. Er vertrat deshalb die Auffassung, daß der Staat nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet sei, seine Machtmittel zugunsten der wirtschaftlich Schwachen und vom Kapitalismus unterdrückten Bevölkerungskreise einzusetzen. Aus dieser Einstellung heraus begann er später seine grundlegenden Arbeiten über Arbeitslohn und Arbeitszeit, mit denen er für Jahrzehnte ein wichtiger Helfer der Gewerkschaften in ihrem Kampfe um Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiterschaft wurde. Aus diesem Geiste heraus stellte er in der Bekämpfung der Zuchtavantage seinen Mann und trat vor einigen Jahren demonstrativ aus dem von ihm selbst gegründeten Verein für Sozialpolitik aus, weil er dessen Stellung zu den sozialen Fragen der Gegenwart als den eigentlichen Bestrebungen zuwiderlaufend, bekämpfen zu müssen glaubte. Den Acht-Stunden-Tag bezeichnete er schon in der Vorkriegszeit als erste und wichtigste Voraussetzung des technischen und wirtschaftlichen Fortschrittes. Selten hat jemand seiner Herkunft die Bedeutung der Gewerkschaften als Kulturhebel so erkannt und verteidigt wie Lujo Brentano. Das Wirken des im Alter von 87 Jahren dahingegangenen Gelehrten und Wissenschaftlers wird in der deutschen Arbeiterbewegung fortleben.

Beitritt des Gesamt-Verbandes zum AfU-Bund.

Der Gesamt-Verband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs erfaßt schon seit Jahrzehnten Angestellte innerhalb seiner Berufsgruppen. Daraus ergaben sich zwangsläufig Grenzstreitigkeiten und auch Schwierigkeiten bei der tariflichen Wahrnehmung der Interessen der Angestellten-Mitgliedern. Wie die „Gewerkschaft“, das Organ des Gesamt-Verbandes mitteilt, ist dieser Zustand nunmehr beseitigt durch ein Abkommen, nach dem vom 1. Juli 1931 an der Gesamt-Verband mit seinen Angestelltenmitgliedern dem Allgemeinen freien Angestellten-Bund beigetreten ist. Alle Mitglieder im Angestelltenverhältnis werden nunmehr den Bezirks- oder Ortsstellen angeschlossen, so daß auch in den Orten und Bezirken ein besseres Zusammenarbeiten erfolgen kann.

Andreas Mirus gestorben.

Am 19. September verschied nach einer Operation der auch einem Teil unserer Kollegen durch seine Tätigkeit als Aufsichtsratsvorsitzender der Malerhütte Berlin näher bekannte Genosse Mirus kurz vor Beendigung seines 58. Lebensjahres. Der Verstorbene war jahrelang erster Vorsitzender des Schneiderverbandes. Von 1919 bis Mitte 1930 war er Geschäftsführer der Konjunkturonoschaft Berlin und Mitglied und wurde dann zum Geschäftsführer der Großhandels-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine in Hamburg gewählt, dessen Aufsichtsratsvorsitzender er schon vorher war. Überall wo Genosse Mirus in leitender Stellung tätig war, hat er sich durch unermüdete Hingabe an seine Lebensarbeit die Anerkennung seiner Mitarbeiter erworben, das ihm ein ehrendes Gedächtnis sichert.

Fachtechnisches

Patentschau, zusammengestellt vom Patentbüro Johannes Koch, Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 59. (Auskünfte bereitwilligst.)

KL 22 h. 534 138. Verfahren zum Färben von Lacken. J. G. Farbenindustrie Akt.-Ges., Frankfurt a. M.

KL 75 c. 534 275. Vorrichtung zum Bemustern von Wänden, Flächen und dergleichen. Alfred Schipp, München, Breisacher Straße 33.

KL 22 h. 534 659. Verfahren zur Herstellung von lack- und emailleartigen Überzügen. „Herold“ Akt.-Ges., Hamburg, Hüfnerstr. 30.

KL 75 a. 534 272. Lackprüfvorrichtung mit mechanisch angetriebenem Drehtisch. Elektrizitäts-Akt.-Ges., Hydra-Werf, Berlin N 20, Drontheimer Straße 32/34.

KL 75 c. 534 273. Farbzerstäuber mit auswechselbarem Farbbehälter. Ova AG., Zürich.

Angemeldetes Patent.

KL 75 c. N. 247. 30. Verfahren zur Herstellung einer Reinigungsmasse für Tapeten usw. Robert Nachsel, Breslau, Linnestr. 15.

Bekanntmachung

Verlorenes Mitgliedsbuch.

Das Mitgliedsbuch des Kollegen Heinrich Ruhr, geb. 12. Juli 1910 in Büdelsdorf, eingetreten am 17. April in Rendsburg, ist abhanden gekommen. Das Buch ist gesperrt; falls es in einer Filiale oder Zahlstelle vorgezeigt wird, ist es einzuziehen und an den Hauptvorstand einzusenden.

Der Verbandsvorstand.

Vom 20. Sept. bis 26. Sept. ist die 39. Beitragswoche.

Vom 27. Sept. bis 3. Okt. ist die 40. Beitragswoche.

Literarisches

„Der Bücherkreis“ Vierteljahresschrift. Redigiert von Karl Schröder. 7. Jahrgang. 1931. Heft 4. Sonderheft „Angelfischische Literatur“. Zielsetzung: „Die literarische Tätigkeit der Gegenwart“. Herausgeber: J. G. Müller. Typographische Ausstattung von Jan Eichholz, München. 32 Seiten. Verlag: „Der Bücherkreis“ G. m. b. H., Berlin SW 61. Preis 60 J. Das neue, wieder sehr lebenswerte Bücherkreis-Heft schließt in verlebener Hinsicht an frühere an. Durch die eingehende in der Literatur behandelte, so wird diesmal die angelfischische Literatur (England und Amerika) gesichtet und in ihrer engen Verflechtung mit der Wirtschaftslage dargestellt. Sam Weller tut dies in sonderbarster Form in einem Aufsatz „Angelfischische Literatur“. Sehr charakteristisch und interessant sind die literarischen Beispiele ausgewählt. Außerdem finden wir unter dem Titel „Arbeiter und die Geschichte“ ein wieder eine kleine, aufschlußreiche Anthologie zeitgenössischer Arbeiterdichtung. Unter den geschichtlichen Mitteln dürften besonders die Hinweise auf die nächsten, noch vor Weihnachten herauskommenen Neuausgaben interessieren. Dem Heft liegt das neue, vollständige Verlagsverzeichnis des Bücherkreises bei, zu dessen weiterem Ausbau jeder nach seinen Kräften — als Käufer und als Werber — beitragen sollte!

„Wohnungsbaun und Miete.“ Herausgeber: Verbandsleitung der SPD, Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Die Nr. 4 veröffentlicht die Stellungnahme der freien Gewerkschaften zur Haus- und Mietreform. Die Gewerkschaften wenden sich dagegen, daß sie mit einer Befreiung der jetzigen gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Mieter verbunden wird, fordern vielmehr die Ausgestaltung der heutigen Gesetze zu einem sozialen Wohn- und Mietrecht. Eipinski behandelt in einem instruktiven Beitrag das Wohnungsproblem in Wien. Auch die Informationen über die Wohnungspolitik in den einzelnen Ländern werden allgemein interessieren.

„Wollen Sie lernen?“ Von Ludwiga Hammer. Verlag Carl Fr. Berg vorm. F. Windolf, Berlin SW 68. Preis 2 J. Ein Führer für Autodidakten und wertvoller Ratgeber für alle, die durch Selbststudium in Beruf und Leben vorwärtskommen, in dem der Verfasser das Streben nach den sogenannten Meisterprüfungen im allgemeinen ablehnt, weil sie den Befähigungsnachweis nicht unbedingt gewährleisten. Da sie aber meist Voraussetzung für den Aufstieg sind, zeigt er den Weg, wie auch ohne offiziellen Besuch der Vorstudien das notwendige akademische Studium erreicht werden kann. Daß er solches Selbststudium nicht leichter darstellt als es ist, daß er niemand im Zweifel läßt, daß es eifernen Fleiß und Energie erfordert, ist für das Wohlsein eine Empfehlung. Ein reichhaltiges Literaturverzeichnis ist als wertvolle Beigabe zu den einzelnen Kapiteln über „Das Ziel“, „Mittel und Wege“ dazu, vom „Schriftstücken“, der „Rechtswelt“ usw. anzuschauen.

Sterbetafel

Dresden. Am 11. September starb unser langjähriges Mitglied, der Kollege Emil Pöhler, an Schlaganfall. — Zahlstelle Pirna. Am 25. August starb unser Jugendkollege Erich Hammer an Blutvergiftung im Alter von 18 Jahren.

Essen. Am 5. September starb unser langjähriges Mitglied, der Lackiererkollege Heinrich Braun, im Alter von 65 Jahren. — Am 5. September starb unser Kollege Hubert Lacroix im Alter von 52 Jahren.

Gera. Am 3. September verunglückte bei einem Verkehrsunfall unser Jungkollege Friedrich Pech in im Alter von 18 Jahren tödlich.

Hannover. Am 12. September starb unser langjähriges Mitglied, der Kollege Josef Schütze, an einem Magenleiden im Alter von 45 Jahren.

Magdeburg. Am 8. September starb unser Kollege Valentin Zietek im Alter von 56 Jahren an Zuckerkrankheit.

Mainz. (Zahlstelle Budenheim.) Am 12. September starb an Lungentuberkulose, die er sich während des Krieges zugezogen hatte, unser langjähriges und treues Mitglied Heinrich Conradi im Alter von 45 Jahren. Er war Mitbegründer der Zahlstelle Budenheim, ein unermüdetlich tätiges Mitglied und konnte in diesem Jahr auf eine 26jährige Mitgliedschaft zurückblicken.

Ehre ihrem Andenken!

Zuverlässig
Über allen Parteien
Schnellste Auskunftserteilung
Unentbehrlich für Jedermann
200.000 Stichwörter, 49.000 Abbildungen
220 Karten und Stadtpläne
Kleine Monatsraten
Probheft kostenlos

DER GROSSE BROCKHAUS

F. A. BROCKHAUS · LEIPZIG

Der Unterzeichnete bittet um unverbindliche Zusendung des Probeheftes „Der Große Brockhaus neu von A-Z“

Name u. Ort: _____
Straße: _____